

Ausfüllhinweise der Bundesagentur für Arbeit zum Antragsvordruck Arbeitslosengeld II

Die Ausfüllhinweise sind Bestandteil des Antrages auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Sie wurden auf Anregung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit entwickelt. Im Merkblatt zum SGB II finden Sie weitere Informationen.

Übersicht über die Vordrucke:

Bezeichnung	Beschreibung
Hauptantrag	Antrag auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II – Arbeitslosengeld II/Sozialgeld –
Weiterbewilligungsantrag (WBA)	Antrag auf Weiterbewilligung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II – Arbeitslosengeld II/Sozialgeld –
Anlage WEP	Zur Eintragung weiterer Personen der Bedarfsgemeinschaft ab 15 Jahren
Anlage KI	Zur Eintragung von Kindern der Bedarfsgemeinschaft unter 15 Jahren
Anlage KdU	Zur Feststellung der angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung
Anlage EK	Einkommenserklärung zur Feststellung der Einkommensverhältnisse der Antragstellerin/des Antragstellers sowie der in der Bedarfsgemeinschaft lebenden weiteren Personen ab 15 Jahren
Anlage EKS	Einkommenserklärung bei selbständiger Tätigkeit
Einkommensbescheinigung	Nachweis über die Höhe des Arbeitsentgelts gemäß § 58 SGB II (Bei einer abhängigen Beschäftigung während des Alg II-Bezuges)
Arbeitsbescheinigung	Arbeitsbescheinigung gemäß § 57 SGB II (Bei Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses)
Anlage VM	Zur Feststellung der Vermögensverhältnisse der Antragstellerin/des Antragstellers und der in der Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen
Anlage VE	Zur Überprüfung des Vorliegens einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft
Anlage SV	Sozialversicherung der Bezieher von Arbeitslosengeld II – Zuschuss zu den Beiträgen bei Befreiung von der Versicherungspflicht –
Anlage HG	Zur Feststellung des Umfangs der Hilfebedürftigkeit bei Vorliegen einer Haushaltsgemeinschaft
Anlage MEB	Antrag auf Gewährung eines Mehrbedarfs für kostenaufwändige Ernährung
Anlage UH	Unterhaltsansprüche gegenüber Dritten
Anlage UF	Unfallfragebogen zum Antrag auf Leistungen nach SGB II mit Schweigepflichtsentbindungserklärung

Wichtiger Hinweis:

Leistungen werden frühestens ab dem Zeitpunkt der Antragstellung gewährt.

Um Leistungsunterbrechungen im laufenden Bezug zu vermeiden, beachten Sie bitte, dass der Weiterbewilligungsantrag rechtzeitig vor Ablauf des aktuellen Bewilligungsabschnittes bei dem zuständigen Leistungsträger gestellt wird.

1. Hauptantrag (Anlage WEP sowie Weiterbewilligungsantrag)

Die Ausfüllhinweise zum Hauptantrag unterstützen Sie auch beim Ausfüllen der Anlage WEP zur Eintragung von Personen der Bedarfsgemeinschaft ab 15 Jahren und des Weiterbewilligungsantrages (WBA).

Zu Abschnitt 1. Persönliche Daten der Antragstellerin/des Antragstellers

Mit Antragstellerin/Antragsteller ist die/der Handelnde, in der Regel der Vertreter der Bedarfsgemeinschaft gemeint.

Allgemeiner Hinweis zur Vertretung der Bedarfsgemeinschaft durch die Antragstellerin/den Antragsteller

Die Bedarfsgemeinschaft wird grundsätzlich durch denjenigen vertreten, der die Leistung beantragt (Antragstellerin/Antragsteller). Für die gesamte Bedarfsgemeinschaft ist nur ein Antrag erforderlich. Gleichwohl können Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft selbst einen Antrag stellen, wenn sie mit einer Vertretung durch die Antragstellerin/den Antragsteller nicht einverstanden sind. Das gilt auch für Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft, die das 15. Lebensjahr vollendet haben [§ 36 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I)]. Einer gesetzlichen Vertretung bedarf es dazu nicht. In das Ausfüllen des Antrages als Vertreter sollten sie die Vertretenen einbeziehen und die wesentlichen sowie die sie betreffenden Angaben mit ihnen abstimmen. Die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft können sich auch nur teilweise vertreten lassen und daher die Anlagen EK und VM selbst ausfüllen. Unrichtige oder unvollständige Angaben können dazu führen, dass zu Unrecht erhaltene Leistungen gegebenenfalls zurückgezahlt werden müssen. Darüber hinaus kann durch solche Angaben auch ein Ordnungswidrigkeiten- oder Straftatbestand erfüllt sein.

Kundennummer, Bedarfsgemeinschaftsnummer

Soweit Sie bereits vor Antragstellung Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III), z. B. Arbeitslosengeld, von einer Agentur für Arbeit bezogen haben oder derzeit beziehen, wurde für Sie eine Kundennummer vergeben. Diese ist auf den Bescheiden und Schreiben des Leistungsträgers, z. B. dem Bewilligungsbescheid, angegeben. Die Kundennummer wird auch nach Beendigung des Leistungsbezuges und Beantragung einer neuen Leistung beibehalten. Beantragen Sie Leistungen nach dem SGB II wird Ihnen daneben eine Bedarfsgemeinschaftsnummer vergeben. Eintragungen sind nur erforderlich, soweit Ihnen diese Nummern bekannt sind, bzw. bereits vergeben wurden.

Telefonnummer/E-Mail-Adresse

Die Angaben zu Telefonnummer und E-Mail-Adresse sind freiwillig.

Angabe der Bankverbindung

Bitte geben Sie neben der Kontonummer auch Ihre Bankleitzahl an, um eine zügige Überweisung zu gewährleisten. Die Leistungen werden in der Regel bargeldlos überwiesen. Sie können die Leistungen auch durch eine „Zahlungsanweisung zur Verrechnung“ erhalten. Diese können Sie sich (oder eine von Ihnen beauftragte Person) bei jeder Auszahlungsstelle der Deutschen

Post oder der Deutschen Postbank bar auszahlen lassen. Eine solche Übermittlung der Leistungen ist nur dann für Sie kostenfrei, wenn Sie nachweislich ohne eigenes Verschulden kein Girokonto eröffnen können, weil eine Bank oder Sparkasse dies abgelehnt hat. Dem Nachweis dient eine entsprechende Bescheinigung. Wenn Sie eine solche nicht vorlegen wollen, müssen Sie die Kosten für den besonderen Zahlungsweg tragen. Weitere Erläuterungen finden Sie im Merkblatt SGB II unter den Abschnitten 4.7.1 und 4.7.2.

Zu Abschnitt 2. Persönliche Angaben zur Leistungsgewährung

Zu 2c Erwerbsfähigkeit

Sie werden als Vertreter der Bedarfsgemeinschaft gebeten, nach Ihren Kenntnissen auch Angaben zur Erwerbsfähigkeit der vertretenen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft zu machen. Erwerbsfähig ist, wer unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig sein kann und nicht wegen Krankheit oder Behinderung auf mindestens sechs Monate daran gehindert ist. Als erwerbsfähig gelten auch Personen, denen vorübergehend eine Erwerbstätigkeit nicht zugemutet werden kann, zum Beispiel wegen der Erziehung eines Kindes unter drei Jahren, der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger oder wegen eines Schulbesuchs. Ausländischen Mitbürgern muss die Aufnahme einer Beschäftigung genehmigt sein oder genehmigt werden können. Sie werden gebeten, ggf. eine Arbeitsgenehmigung vorzulegen. Konkrete Angaben zu Krankheiten oder Behinderungen sollen nicht gemacht werden.

Zu 2e Unterbringung in einer stationären Einrichtung

Damit ist die Unterbringung in einer Anstalt, einem Pflegeheim, einer Justizvollzugsanstalt oder in einem Krankenhaus gemeint.

Zu 2f Angaben zu den Personen der Bedarfsgemeinschaft

Eine Bedarfsgemeinschaft besteht aus dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sowie dem nicht dauernd getrennt lebenden Ehepartner, dem nicht dauernd getrennt lebenden eingetragenen Lebenspartner bzw. einer Person, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft zusammenlebt.

Unter Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft ist das Zusammenleben von Partnern in einem gemeinsamen Haushalt zu verstehen, wobei nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen. Dies wird vermutet, wenn Partner länger als ein Jahr oder mit einem gemeinsamen Kind zusammenleben oder Kinder oder Angehörige im Haushalt versorgt werden oder Partner befugt sind, über Einkommen oder Vermögen des anderen zu verfügen. Sofern Sie Zweifel haben, ob Sie mit Ihrer Partnerin/Ihrem Partner eine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft begründen, füllen Sie bitte die Anlage VE aus.

Eine Erläuterung des Begriffs der „Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft“ finden Sie unter Abschnitt 6. „Anlage VE“.

Zur Bedarfsgemeinschaft gehören auch die dem Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen oder seines Partners, welche das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, soweit sie ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen (zum Beispiel Kindergeld und Unterhaltszahlungen) oder Vermögen sichern können. Ferner gehören zur Bedarfsgemeinschaft die im Haushalt lebenden Eltern oder ein Elternteil eines unverheirateten erwerbsfähigen Kindes, welches das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

zu 2g Erläuterung des Begriffs der Haushaltsgemeinschaft

Personen, die mit Ihnen im Haushalt leben, aber nicht zu Ihrer Bedarfsgemeinschaft gehören, können zur Haushaltsgemeinschaft gehören. Sind diese mit Ihnen verwandt oder verschwägert

(zum Beispiel Eltern des volljährigen Hilfebedürftigen, der das 25. Lebensjahr bereits vollendet hat, Großeltern, Tante, Schwägerin, volljährige Kinder oder minderjährige Kinder, soweit sie ihren Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen oder Vermögen sichern können), ist die Anlage „HG - zur Feststellung des Umfangs der Hilfebedürftigkeit bei Vorliegen einer Haushaltsgemeinschaft“ auszufüllen, damit sowohl eine erste Prüfung der Unterhaltsvermutung nach § 9 Abs. 5 SGB II erfolgen kann wie auch die Kosten der Unterkunft berechnet werden können.

Die reine Wohngemeinschaft ist weder eine Bedarfsgemeinschaft noch eine Haushaltsgemeinschaft, zum Beispiel bei Studenten.

Zu Abschnitt 3. Leistungen für besondere Mehrbedarfe

Unter bestimmten Voraussetzungen werden Leistungen für Mehrbedarfe an eine oder mehrere Personen der Bedarfsgemeinschaft erbracht, die nicht durch die Regelleistung abgedeckt sind. Sollten Sie keine Angaben machen, wird kein Mehrbedarf bewilligt. Entsprechende Nachweise sind vorzulegen.

Zu 3a Mehrbedarf für Schwangere

Der Nachweis einer Schwangerschaft kann z. B. mit einer ärztlichen Bescheinigung oder der Vorlage des Mutterpasses zur Einsichtnahme erfolgen. Für eine ärztliche Bescheinigung können Kosten anfallen, die vom Träger nicht übernommen werden können. Bei Vorlage des Mutterpasses wird keine Kopie zur Akte genommen.

Zu 3d Kostenaufwändige Ernährung

Sofern Sie aus gesundheitlichen Gründen eine kostenaufwändige Ernährung benötigen, ist eine Bescheinigung Ihres behandelnden Arztes notwendig. Dabei ist der beim Träger erhältliche Vordruck zu verwenden. Es kann auch ein ärztliches Attest verwendet werden, welches nur die Erkrankung und die verordnete Kostform enthält. Die Gebühren für die Ausstellung der ärztlichen Bescheinigung bzw. des Attestes können Ihnen auf Antrag in angemessenem Umfang (aktuell 5,36 Euro) erstattet werden. Sollten Sie Bedenken haben, Ihre Erkrankung gegenüber dem Sachbearbeiter zu offenbaren, können Sie diesem die Unterlagen in einem verschlossenen Umschlag übergeben. Die Unterlagen werden dann im Rahmen eines formalisierten Verfahrens dem Ärztlichen Dienst des Trägers übermittelt, der eine Stellungnahme zum Mehrbedarf abgibt.

Zu Abschnitt 4. Angaben zu den Einkommensverhältnissen

Für eine Bedarfsgemeinschaft ist das Einkommen jedes einzelnen Mitgliedes anzugeben. Als Einkommen sind alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert zu berücksichtigen.

Dazu gehören insbesondere:

- Einkommen aus nichtselbständiger oder selbständiger Arbeit, aus Vermietung oder Verpachtung, aus Land- und Forstwirtschaft
- Kindergeld, Entgeltersatzleistungen wie Arbeitslosengeld, Insolvenzgeld, Übergangsgeld, Krankengeld usw.
- Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung, (z.B. Rente wegen Alters oder Knappschaftsausgleichsleistungen, Unfall- bzw. Verletztenrenten), Betriebsrenten oder Pensionen
- Unterhaltszahlungen, Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz oder Opferentschädigungsgesetz,
- Zinsen, Kapitalerträge
- Wohngeld, Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)

- sonstige laufende oder einmalige Einnahmen (z. B. Elterngeld, Pflegegeld für erzieherischen Einsatz nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII))

Anzugeben sind auch Einkünfte aus sozialversicherungsfreien Nebenbeschäftigungen. Unter sonstigen laufenden oder einmaligen Einnahmen gleich welcher Art zählen u. a. die Leibrente für eine verkaufte Immobilie und die Steuerrückerstattung. Auch Schadensersatzleistungen sind angabepflichtig. Nicht anzugeben ist jedoch Schmerzensgeld, das Sie z. B. aufgrund eines Unfalles erhalten. Nicht angegeben werden müssen Erziehungsgeld, das Arbeitsförderungsgeld in Werkstätten für behinderte Menschen, die Leistungen der Pflegeversicherung bei häuslicher Pflege nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) und das Blindengeld.

Änderungen in den Einkommensverhältnissen in Ihrer Bedarfsgemeinschaft haben Einfluss auf die Höhe des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes und sind immer unverzüglich mitzuteilen.

Zu Abschnitt 5. Angaben zu den Vermögensverhältnissen

Zum Vermögen zählen alle für den Lebensunterhalt verwertbaren Vermögensgegenstände der in der Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen, unabhängig davon, ob es im In- oder Ausland vorhanden ist, wie z.B.

- Bank- und Sparguthaben, Bargeld, Wertpapiere, Aktien, Aktienfonds
- Kraftfahrzeuge (z.B. Auto, Motorrad)
- Kapitallebensversicherungen, private Rentenversicherungen, Bausparverträge
- bebaute oder unbebaute Grundstücke, Hausbesitz (z.B. ein Ein- oder Mehrfamilienhaus) Eigentumswohnung, sonstige Immobilien
- sonstige Vermögensgegenstände (z.B. Wertsachen, Gemälde, Schmuck).

Änderungen in den Vermögensverhältnissen in Ihrer Bedarfsgemeinschaft haben Einfluss auf die Höhe des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes und sind immer unverzüglich mitzuteilen.

Zu Abschnitt 6. Angaben für die Prüfung eines befristeten Zuschlags nach dem Bezug von Arbeitslosengeld

Die Angaben dienen der Prüfung, ob Sie Anspruch auf einen befristeten Zuschlag zum Arbeitslosengeld II nach dem Bezug von Arbeitslosengeld haben. Eintragungen sind nur vorzunehmen, wenn der letzte Tag mit Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht länger als zwei Jahre zurückliegt.

Angaben zum Wohngeld werden benötigt, da sich der Bezug von Wohngeld während des Bezugs von Arbeitslosengeld auf die Höhe des Zuschlags zum Arbeitslosengeld II auswirkt.

Zu Abschnitt 7. Weitere Angaben, die für die Leistungsgewährung von Bedeutung sein können

Diese Angaben sind beim Erstantrag nur erforderlich, wenn Sie vor Antragstellung Arbeitslosengeld bezogen haben und dieser Anspruch wegen des Eintritts einer Sperrzeit ruht oder vorzeitig erloschen ist.

Zu Abschnitt 8. Angaben zur Sozialversicherung

Zu 8a Krankenversicherung

Hier müssen Sie auch Angaben machen, wenn Sie freiwillig in einer gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind. Bitte geben Sie auch die Krankenversicherungsnummer an. Wenn Sie

nicht in einer gesetzlichen Krankenversicherung versichert waren, müssen Sie entweder die letzte Krankenversicherung angeben oder im Falle einer Befreiung von der Versicherungspflicht die „Anlage SV - Sozialversicherung der Bezieher von Arbeitslosengeld II“ ausfüllen. Diese Angaben werden erhoben, um eine Krankenversicherung für Sie und für die Mitglieder Ihrer Bedarfsgemeinschaft sicherzustellen. Die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind verpflichtet, Antragstellerinnen/Antragsteller kranken zu versichern. Sofern Sie getrennt leben, ist auch das Geburtsdatum Ihres getrennt lebenden Ehepartners und dessen Krankenversicherung anzugeben, damit eine schnellere Zuordnung sichergestellt werden kann. Auch hier empfiehlt sich die Angabe der Krankenversicherungsnummer.

Zu 8b/c Familienversicherung

Sofern Sie über den/die Partner/in (Ehegatte, Partner in einer eingetragenen Lebensgemeinschaft) familienversichert sind, sind Angaben nur zu diesem/dieser einschließlich der Krankenversicherungsnummer erforderlich. Für familienversicherte Kinder sind nur die Daten zum maßgebenden Elternteil (Hauptversicherter) erforderlich.

Zu 8d Rentenversicherung

Üben oder übten Sie einen sogenannten Minijob (bis 400 € monatlich) aus, ist während des Arbeitslosengeld II-Bezuges der Rentenversicherungsträger zuständig, bei dem Sie auch vorher versichert waren. Bei der Rentenversicherung ist die gesetzliche Rentenversicherung mit der Rentenversicherungsnummer anzugeben. Bei einer Befreiung von der Versicherungspflicht füllen Sie bitte die „Anlage SV - Sozialversicherung der Bezieher von Arbeitslosengeld II“ aus, damit ein Zuschuss in Höhe der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden kann. Sind Sie aufgrund einer selbständigen Tätigkeit rentenversicherungspflichtig, weisen Sie dieses bitte mit einem Bescheid über die Rentenversicherungspflicht von Ihrem Rentenversicherungsträger nach.

Zu Abschnitt 9. Sonstige Ansprüche gegenüber Dritten

Zu 9a Angaben für die Prüfung von Unterhaltsansprüchen gegenüber Dritten

Soweit von einer Person der Bedarfsgemeinschaft Unterhaltsansprüche gegen eine Person, die nicht in der Bedarfsgemeinschaft lebt, bestehen, ist die „Anlage UH - Unterhaltsansprüche gegenüber Dritten“ auszufüllen.

Dritte können zum Beispiel der geschiedene oder getrennt lebende Ehegatte, der Vater oder die Mutter eines nicht ehelichen Kindes, die Eltern sowie erwachsene Kinder bzw. Kinder mit eigenem Vermögen oder Einkommen sein. Bei diesen Unterhaltspflichten müssen Sie einen vorhandenen Unterhaltstitel (Ehescheidungsurteil, Vaterschaftsurteil, etc.), Vergleich oder schriftliche Vereinbarungen, aus denen der Unterhaltsanspruch hervorgeht, vorlegen. Solche Unterlagen werden nicht zur Akte genommen. Die Leistungsträger vermerken lediglich, dass die Nachweise vorgelegen haben.

Zu 9b Hilfebedürftigkeit durch Schadensereignis

Soweit die Hilfebedürftigkeit der Antragstellerin/des Antragstellers oder eines Mitgliedes der Bedarfsgemeinschaft durch ein Schadensereignis verursacht worden ist, sprechen Sie bitte bei Ihrem Träger vor. Dieser hilft Ihnen beim Ausfüllen der Anlage UF (Unfallfragebogen) und der Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen gegen den Unfallverursacher. Ausfüllhinweise zur Anlage UF befinden sich unter Abschnitt 9.

2. Anlage KI

Zur Eintragung von Kindern der Bedarfsgemeinschaft unter 15 Jahren

Zu 2c Unterbringung in einer stationären Einrichtung

Damit ist die Unterbringung in einer Anstalt, einem Pflegeheim, einer Justizvollzugsanstalt oder in einem Krankenhaus gemeint.

Zu Abschnitt 4. Angaben zur Sozialversicherung (nur für Kinder ab Vollendung des 14. Lebensjahres)

Die Angaben zur Sozialversicherung sind zur Beantragung der Rentenversicherungsnummer erforderlich, weil erwerbsfähige Personen ab Vollendung des 15. Lebensjahres durch den Bezug von Alg II kranken-, pflege- und ggf. rentenversichert sind.

3. Anlage KDU

Zur Feststellung der angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung

Zu A2/B2a Sonstige Wohnkosten

Unter sonstigen Wohnkosten sind die Kosten zu verstehen, die nicht im Mietvertrag aufgeführt sind. Grundsätzlich nicht berücksichtigungsfähig sind Stellplatzkosten, Stromkosten, GEZ – Gebühren, Kabelgebühren, Garagenmiete und Telefonkosten.

Zu A3/B3 Angaben zur Energiegewinnung

In der Regelleistung sind die Kosten für die Warmwasserbereitung und Kochenergie bereits enthalten. Soweit diese Kosten auch in den Nebenkosten berücksichtigt werden, kann Ihr zuständiger Leistungsträger die Höhe der Nebenkosten anteilig kürzen.

Zu A4 Angaben zur Vermieterin/zum Vermieter

Die Angaben zu Name, Anschrift und Bankverbindung des Vermieters sind nur erforderlich, soweit die Unterkunftskosten direkt an die Vermieterin/den Vermieter zu überweisen sind. Die Daten können auch zu einem späteren Zeitpunkt erhoben werden, insbesondere dann, wenn Ihre Vermieterin/Ihr Vermieter mit der Datenerhebung nicht einverstanden sein sollte.

Zu B2b Anfallende Schuldzinsen

Sie können die anfallenden Schuldzinsen z. B. durch Vorlage eines Jahreskontoauszuges nachweisen. Nicht erforderliche Angaben können unkenntlich gemacht werden.

Zu C1a Anzahl der Personen in der Wohnung/im Haus insgesamt

Geben Sie bitte die Anzahl der insgesamt in der Wohnung/in dem Haus lebenden Personen an, also auch Personen, die nicht zur Bedarfsgemeinschaft gehören. Die Angabe ist erforderlich, weil jeder Person ein entsprechender Mietanteil zugerechnet wird. Nicht anzugeben sind hingegen Mitglieder einer Wohngemeinschaft.

4. Anlage EK

Einkommenserklärung zur Feststellung der Einkommensverhältnisse der Antragstellerin/ des Antragstellers sowie der in der Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen

Zu 1e/4 Nachweis des Bezuges von Kindergeld

Sie können den Bezug von Kindergeld durch Vorlage eines Kontoauszuges nachweisen in dem Sie nicht erforderliche Angaben unkenntlich machen können.

Zu 1g Nicht regelmäßig erzielt Einkommen

Hier sind z.B. Steuerrückerstattungen, Ertragsgutschriften, Glücksspielgewinne, Gratifikationen und die Eigenheimzulage anzugeben, sofern diese Einkommen im Bedarfszeitraum (d.h. ab dem Tag der Antragstellung) zufließen. Nach dem Zuflussprinzip kommt es auf den tatsächlichen Eingang der Zahlungen beim Zahlungsempfänger an. Der maßgebende Zeitraum der Besteuerung ist nicht entscheidend.

In bestimmten Fällen ist die Eigenheimzulage nicht zu berücksichtigen. Dies ist dann der Fall, wenn sie für die Bestreitung des Lebensunterhaltes nicht zur Verfügung steht, sondern nachweislich zur Finanzierung der selbst bewohnten Immobilie verwendet wird. Der Nachweis kann durch entsprechende Vertragsunterlagen geführt werden, z.B. durch Vorlage eines Abtretungsvertrages.

Zu 2. Ansprüche gegenüber Sozialleistungsträgern/Familienkassen

Anzugeben sind neben allen Rentenarten und Ausgleichszahlungen etc. auch Arbeitslosengeld, Krankengeld, Kindergeld, Kindergeldzuschlag, Wohngeld, Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), Elterngeld, Pflegegeld, Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, dem Opferentschädigungsgesetz, dem Bundesversorgungsgesetz sowie Insolvenzgeld.

Zu 7. Weitere Absetzungsmöglichkeiten

Für den Nachweis der Unterhaltsleistungen ist es notwendig, dass Sie die maßgeblichen Auszüge aus einem Urteil oder einer gerichtlichen Einigung sowie einen Nachweis über die tatsächliche Zahlung des Unterhaltes zur Einsichtnahme vorlegen.

Eine Kopie ist nicht erforderlich.

5. Einkommensbescheinigung

Nachweis über die Höhe des Arbeitsentgelts

Soweit erwerbsfähige Hilfebedürftige der Bedarfsgemeinschaft neben dem Bezug von Alg II eine abhängige Beschäftigung ausüben, muss der Arbeitgeber Art und Dauer der Erwerbstätigkeit sowie die Höhe des Arbeitsentgelts bzw. der Vergütung für Zeiträume beantragter oder gezahlter Leistungen bescheinigen. Hierzu sollte der Vordruck „Einkommensbescheinigung“ durch den Arbeitgeber ausgefüllt werden. Es bestehen jedoch auch keine Bedenken, wenn die Angaben durch den Arbeitgeber maschinell – ohne Verwendung des konkreten Vordrucks – erstellt werden.

Zu dem Vordruck „Einkommensbescheinigung“ wird für Arbeitgeber im Internet der Bundesagentur für Arbeit unter www.arbeitsagentur.de unter der Rubrik „Formulare für Bürgerinnen & Bürger > Arbeitslosengeld II“ auch eine Ausfüllhilfe zur Verfügung gestellt.

6. Anlage VM

Zur Feststellung der Vermögensverhältnisse der Antragstellerin/des Antragstellers und der in der Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen

Es sind nur Angaben/Eintragungen zu den in der Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen erforderlich. Bei diesen Personen ist das Vermögen jedes Einzelnen anzugeben.

Vermögen ist die Gesamtheit der in Geld messbaren Güter einer Person, unabhängig davon, ob es im Inland oder Ausland vorhanden ist. Dazu gehören insbesondere Bargeld, (Spar-)Guthaben, Wertpapiere, Bausparguthaben, Aktien und Fondsanteile ebenso wie Forderungen, bewegliches Vermögen, Haus- und Grundeigentum sowie sonstige dingliche Rechte an Grundstücken.

Verwertbar ist Vermögen, wenn es für den Lebensunterhalt verwendet oder sein Geldwert durch Verbrauch, Verkauf, Beleihung, Vermietung oder Verpachtung für den Lebensunterhalt nutzbar gemacht werden kann. Nicht verwertbar sind Vermögensgegenstände, über die der Inhaber nicht verfügen darf (zum Beispiel weil der Vermögensgegenstand verpfändet ist).

Zur Prüfung des Vermögens kann der Leistungsträger die Vorlage entsprechender Unterlagen wie z.B. die letzten Jahresabrechnungen oder auch Kontoauszüge der letzten Monate verlangen. Dabei sind vorherige Schwärzungen nur zulässig, solange diese eine Prüfung der Einnahmen (z.B. Unterhaltszahlungen) bzw. Ausgaben (z.B. Bausparvertrag) nicht beeinträchtigen. So wäre beispielsweise bei der Überweisung von Mitgliedsbeiträgen für politische Parteien eine Schwärzung des Namens einer Partei in einem Kontoauszug dann möglich, wenn als Verwendungszweck „Mitgliedsbeitrag“ noch erkennbar bleibt. Aus den vorgenannten Unterlagen dürfen die Leistungsträger von denjenigen Angaben Kopien fertigen und zu den Akten nehmen, die leistungsrelevant sind.

Angaben zum Verkehrswert von Grundstücken oder Eigentumswohnungen sind erforderlich, damit der Leistungsträger ggf. die Frage einer Verwertung der Immobilie durch Verkauf, Beleihung oder Vermietung prüfen kann. Als Nachweis für den Verkehrswert von Immobilien gelten Kaufverträge oder Verkehrswertgutachten, die nicht älter als drei Jahre sind. Liegen entsprechende Unterlagen nicht vor, werden vom Leistungsträger bei unbebauten Grundstücksflächen die Werte aus den Bodenrichtwerttabellen und bei bebauten Grundstücken die Angaben aus den Kaufpreissammlungen der Gutachterausschüsse bei den Kataster- und Vermessungsämtern für die Berechnungen zu Grunde gelegt.

7. Anlage VE

Vorliegen einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft

Allgemeiner Hinweis:

Voraussetzung für den Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ist die Hilfebedürftigkeit. Im Rahmen der Hilfebedürftigkeitsprüfung sind nach § 9 Abs. 2 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) auch das Einkommen und Vermögen des Partners zu berücksichtigen. Partner ist nicht nur der Ehegatte oder Lebenspartner, sondern auch der Partner in so genannter „Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft“.

Wenn von Personen, die eine solche Partnerschaft eingehen, eine gemeinsame Wohnung genutzt wird, sind die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende verpflichtet, im Rahmen des Amtsermittlungsgrundsatzes (§ 20 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch – SGB X) zu prüfen, ob eine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft vorliegt. Sie wiederum sind im Rahmen Ihrer Mitwirkungspflichten nach § 60 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für Ihre Leistung erheblich sind. Die erhobenen Daten unterliegen dem Sozialgeheimnis und dürfen nicht unbefugt übermittelt werden (§ 35 SGB I, §§ 67 ff. SGB X).

Erläuterung des Begriffs Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft

Zur Bedarfsgemeinschaft gehört eine Person, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen. Diese Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft können sowohl gleichgeschlechtliche als auch verschiedengeschlechtliche Partner eingehen. Ein wechselseitiger Wille, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen, wird vermutet, wenn Partner

1. länger als ein Jahr zusammenleben,
2. mit einem gemeinsamen Kind zusammenleben,
3. Kinder oder Angehörige im Haushalt versorgen oder
4. befugt sind, über Einkommen oder Vermögen des Anderen zu verfügen.

Trotz der Vermutungsregelung ist es nicht ausgeschlossen, dass auch andere äußere Tatsachen das Vorliegen einer Einstehensgemeinschaft begründen können. Dies kann z.B. ein gegebenes Eheversprechen, das Wohnen im gemeinsamen Wohneigentum oder die tatsächliche Pflege eines Partners im gemeinsamen Haushalt sein. Hierzu kann es erforderlich sein, weitere Daten zu erheben.

Zu 2. Erklärung des Antragstellers, der Antragstellerin gegen das Vorliegen einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft

Die Vermutung kann von Ihnen widerlegt werden. Ausreichend ist nicht die Behauptung, dass der Vermutungstatbestand nicht erfüllt sei; erforderlich ist, dass Sie darlegen und nachweisen, dass die eben genannten Kriterien nicht erfüllt werden bzw. die Vermutung durch andere Umstände entkräftet wird.

Bitte machen Sie insbesondere Angaben zur Dauer des Zusammenlebens und legen hierfür entsprechende Nachweise (z.B. Anmeldung bei Meldebehörden, Mietvertrag oder Versicherungspolice) vor. Bei Fragen hierzu wenden Sie sich bitte an Ihren zuständigen Leistungsträger.

8. Anlage HG

Zur Feststellung des Umfangs der Hilfebedürftigkeit bei Vorliegen einer Haushaltsgemeinschaft

Nach § 9 Abs. 5 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) wird widerlegbar vermutet, dass auch im Haushalt lebende Verwandte oder verschwägerte Personen Unterhalt leisten, soweit dies auf Grund ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse erwartet werden kann. Die Art und der Umfang der Unterstützungsleistungen sind bei den entsprechenden Fragen einzutragen. Die Unterhaltsvermutung kann durch eine Erklärung der Antragstellerin/des Antragstellers widerlegt werden.

9. Anlage UF

Unfallfragebogen zum Antrag auf Leistungen nach dem SGB II

Auf Grund gesetzlicher Regelungen sind die Kosten und Folgekosten eines Unfalles vorrangig von dem Unfallverursacher selbst (bzw. seiner Versicherung) und nicht von den Sozialleistungsträgern zu tragen. Mit dem Unfallfragebogen soll abgeklärt werden, ob Ansprüche des Geschädigten kraft Gesetzes auf den Sozialleistungsträger übergegangen sind und von diesem noch geltend gemacht werden können. Diesem Zweck dient die Datenerhebung.

Zu 2. Tag/Ort des Unfalles/Schadensereignisses

Diese Angabe ist erforderlich, damit der Sozialleistungsträger Feststellungen zu einer möglichen Verjährung von Ansprüchen gegen den Verursacher/Schädiger treffen kann.

Zu 3. Lebte einer der Verursacher/Schädiger mit Ihnen in häuslicher Gemeinschaft?

Bei nicht vorsätzlichen Schädigungen durch Familienangehörige, die im Zeitpunkt des Schadensereignisses mit dem Geschädigten oder seinen Hinterbliebenen in häuslicher Gemeinschaft lebten, ist ein Übergang des Schadensersatzanspruches auf den Sozialleistungsträger ausgeschlossen. Gleiches gilt für den Fall einer späteren Eheschließung zwischen Schädiger und Geschädigtem.

Zu 6. Hat der Geschädigte bereits Ansprüche auf Schadensersatz erhoben?

Sofern Sie diese Frage bejahen, werden Sie um die Vorlage sachdienlicher Unterlagen gebeten. Mit diesen will sich der Sozialleistungsträger ein Bild über den Sachstand verschaffen. Da ein Urteil, ein Vergleich oder ein Anerkenntnis im Regelfall den Rechtsstreit beenden, genügt in diesem Fall die Beifügung einer entsprechenden Unterlage. Ihre Angaben in der Anlage UF werden im Übrigen nicht elektronisch erfasst.

Soweit vorhanden, fügen Sie bitte diesbezügliche ärztliche Gutachten, soweit sie den Unfall/das Schadensereignis betreffen, und eine Entbindung von der Schweigepflicht bei.

Sollten Sie Bedenken haben, diese Informationen gegenüber dem Sachbearbeiter zu offenbaren, können Sie diese Unterlagen in einem verschlossenen Umschlag übergeben. Die Einsichtnahme in die Gutachten wird auf die hierzu berechtigten Personen beschränkt.